

Kolumbien-aktuell

No. 476 22. August 2008

1. Menschenrechte:

- **Zivilgesellschaftliche Organisationen präsentieren Bericht anlässlich der periodischen Prüfung Kolumbiens vor dem UN-Menschenrechtsrat**

2. Chronologie: 1. – 15. August 2008

Verfasser:

Observatorio de derechos humanos y derecho humanitario de la
Coordinación Colombia-Europa-Estados Unidos
Av. Carrera 22 No. 37-54, Park Way, Bogotá
Tel. 00571 288 71 87
e-mail: coeuropa@etb.net.co
Internet: www.ddhhcolombia.org.co

Übersetzung ins Deutsche und Versand in Europa:

Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Postfach 7004, CH-6000 Luzern 7 / Schweiz
e-mail: fachstelle.luzern@askonline.ch Internet: www.askonline.ch

Liebe Leserinnen und Leser von Kolumbien-aktuell

Mit der Nummer 475 vom 2. Juli 2008 hat die Verfasserequipe von CINEP, Redunipaz, Planeta Paz und ILSA die Herausgabe von Actualidad Colombiana und gleichnamige website eingestellt. Wir bedauern dies.

Da wir überzeugt sind, dass eine kurze, periodische Information in deutscher Sprache Sinn macht, konnten wir die Koordination Kolumbien-Europa-USA dazu gewinnen, ein 14-tägliches Bulletin herauszugeben. Dieses soll wenige Seiten und vor allem jeweils eine Chronologie wichtiger Ereignisse umfassen. Wir haben bis Ende Jahr eine Versuchsphase vereinbart.

Wir freuen uns, dass dieser wichtige Zusammenschluss von 199 sozialen und Menschenrechtsorganisationen sich zur Herausgabe von *Kolumbien-aktuell* entschieden hat. Wir hoffen, dass Ihnen *Kolumbien-aktuell* auch weiterhin wichtige alternative Informationen zu Kolumbien vermittelt.

Mit freundlichen Grüssen,
für die Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien *ask*



Bruno Rütche

1. Menschenrechte:

➤ **Zivilgesellschaftliche Organisationen präsentieren Bericht anlässlich der periodischen Prüfung Kolumbiens vor dem UNO-Menschenrechtsrat**

Vier Plattformen¹ der kolumbianischen Zivilgesellschaft, welche in den Bereichen Frieden und Menschenrechte arbeiten, präsentierten kürzlich beim Büro des UNO-Menschenrechtshochkommissariats in Bogotá einen alternativen Bericht zuhanden der Allgemeinen Periodischen Prüfung Kolumbiens vor dem UNO-Menschenrechtsrat.

Am 10. Dezember 2008 wird im UNO-Menschenrechtsrat die Session eröffnet werden, in welcher Kolumbien das erste Mal Rechenschaft über die Menschenrechtslage ablegen muss. Der Bericht des kolumbianischen Staates ist den zivilgesellschaftlichen Organisationen noch nicht bekannt. Dies zeigt einmal mehr die fehlende Transparenz des Staates, womit auch eine Einflussnahme auf den Inhalt des Berichtes verunmöglicht wird. Die Menschenrechtsorganisationen verlangen seit Jahren eine breite öffentliche Debatte über die Menschenrechtslage im Land, um so zur Verbesserung der kritischen Situation der Menschenrechte und zur Überwindung der Straflosigkeit beizutragen, welche die Verletzung der Menschenrechte begünstigt.

Der Bericht der kolumbianischen Zivilgesellschaft wird vom Büro des UNO-Menschenrechtshochkommissariates zusammen mit den verschiedenen Berichten und Empfehlungen der UNO-Instanzen in der Session vom 10. Dezember dem UNO-Menschenrechtsrat vorgelegt werden. Diese Berichte werden dem Regierungsbericht zur Menschenrechtslage gegenübergestellt werden. Die Erwartungen, die von der internationalen Gemeinschaft und den Staaten in die Allgemeine Periodische Überprüfung der Menschenrechtslage gesetzt werden, sind hoch, denn es ist ein neues Vorgehen der UNO zur Prüfung der Menschenrechtssituation in den verschiedenen Ländern. Die kolumbianischen zivilgesellschaftlichen Organisationen erhoffen sich, dass die Staaten die kritische Situation der Menschenrechte in Kolumbien wahrnehmen und Empfehlungen erlassen und Verpflichtungen eingehen, die zu einer Verbesserung der Menschenrechtslage in Kolumbien führen.

Der Bericht wurde von den vier Plattformen erarbeitet, in denen mehr als 1200 soziale und Menschenrechtsorganisationen organisiert sind. Zusätzlich haben auch andere Netzwerke und Institutionen mitgearbeitet, so die Koalition gegen die Involvierung von Kindern und Jugendlichen in den bewaffneten Konflikt (Coalico); der Arbeitstisch Frau und bewaffneter Konflikt; das Zentrum zur Unterstützung der Indigenen (Cecoin), das Beobachtungszentrum gegen rassistische Diskriminierung und für ein vielfältiges Kolumbien. Alle diese Organisationen wie auch die Weltorganisation gegen die Folter OMCT haben Informationen beigetragen, welche bei der Erarbeitung des Berichtes mitberücksichtigt wurden.

¹ Die vier Plattformen sind: Asamblea Permanente de la Sociedad Civil por la Paz (Permanente Versammlung der Zivilgesellschaft für den Frieden); Plataforma Colombiana de Derechos Humanos, Democracia y Desarrollo (Plattform Menschenrechte, Demokratie und Entwicklung); La Alianza de Organizaciones Sociales y Afines por una cooperación para la paz y la democracia en Colombia (Allianz sozialer und verwandter Organisationen für eine Entwicklungszusammenarbeit für den Frieden und die Demokratie in Kolumbien); Coordinación Colombia-Europa-Estados Unidos (Koordination Kolumbien-Europa-USA)

Es ist dies der erste Bericht, den die vier Plattformen und die verschiedenen Menschenrechts- und Friedensnetzwerke gemeinsam zur Menschenrechtslage Kolumbiens erarbeiten und der Öffentlichkeit vorstellen. Im Bericht werden die Faktoren aufgezeigt, welche zu einer Verschärfung der Menschenrechtsverletzungen seit Juli 2002 bis heute geführt haben. Der Bericht umfasst damit die Regierungszeit des jetzigen Präsidenten Alvaro Uribe Vélez.

Der Bericht geht von der im Jahr 2002 gemachten Einschätzung der UNO-Menschenrechtshochkommissarin aus, als sie die Menschenrechtslage in Kolumbien als „charakterisiert durch schwere, massive und systematische Menschenrechtsverletzungen, von denen viele Verletzungen der Menschlichkeit sind“², bezeichnete. Der Bericht der vier Plattformen zeigt auf, wie sich die Menschenrechtslage in der Folge in vielen Aspekten verschlechtert hat. So wird eine Zunahme von schweren Menschenrechtsverletzungen, so der aussergerichtlichen Hinrichtungen, des Verschwindenlassens, von Folter, willkürlichen Verhaftungen, schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht, Vertreibungen, Angriffe auf GewerkschaftlerInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen wie auch die Zuspitzung der sozialen Unterschiede und die massive Verletzung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte aufgezeigt. Der Bericht geht auch auf die kritische Lage der Kinder, der Frauenrechte und die Diskriminierung und Gewalt gegen die indigene und afrokolumbianische Bevölkerung ein.

Der Bericht behandelt auch die Auswirkungen des bewaffneten Konfliktes auf die Rechte der Bevölkerung. Demgegenüber ist die Regierung bestrebt, den bewaffneten Konflikt zu negieren. Der Bericht zeigt das Fortdauern der bewaffneten, wirtschaftlichen und politischen Strukturen des Paramilitarismus und die Angriffe der Regierung auf die Justiz auf. Mit diesen Angriffen gegen die Justiz versucht die Regierung zu verhindern, dass die Verbrechen des Paramilitarismus und die Verbindungen von Politikern, Behörden und anderen einflussreichen Kreisen des Landes mit dem Paramilitarismus untersucht und bestraft und die Rechte auf Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Nicht-Wiederholung der Opfer garantiert werden. Die Aktionen der verschiedenen bewaffneten Akteure, das Fehlen von Demokratie und eines Entwicklungsmodells, welches die Rechte der Bevölkerung garantiert, die soziale Ungleichheit, den sozialen Ausschluss und die strukturelle Gewalt bekämpft, hat Millionen von KolumbianerInnen zu Opfern gemacht.

Die Staaten haben jetzt die Möglichkeit, Einfluss auf die Ausarbeitung von Massnahmen zu nehmen, welche dazu beitragen, die schwere humanitäre Krise und die massive und systematische Verletzung der Menschenrechte in Kolumbien zu verbessern. Die sozialen, zivilgesellschaftlichen Netzwerke und Organisationen wie auch Einzelpersonen in den verschiedenen Länder können Anstrengungen unternehmen, damit ihre Regierungen eine Überwachung und eine konkrete Verpflichtung gegenüber der Menschenrechtssituation in Kolumbien eingehen und zu einer Beendigung der Straflosigkeit beitragen. Zudem sollen entschlossene Schritte zur Überwindung des internen bewaffneten Konflikte durch eine Verhandlungslösung vorangetrieben werden.

Der Schlussbericht, welcher der UNO-Menschenrechtsrat aufgrund dieser allgemeinen periodischen Überprüfung präsentieren wird, wird in den kommenden vier Jahren für die Staatengemeinschaft in gewisser Weise den Referenzrahmen in Bezug auf die Menschenrechtslage in Kolumbien bilden. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen Kolumbiens haben die Hoffnung, dass diese erste Überprüfung im Bereich der Menschenrechte durch den UNO-Menschenrechtsrat zu einer tatsächlichen Chance für die Verbesserung der langjährigen humanitären Krise und der Menschenrechtslage wird. Es braucht den Beitrag der internationalen Gemeinschaft, der sozialen Organisationen und von Persönlichkeiten, damit die getroffenen Massnahmen und Verpflichtungen den notwendigen politischen Willen schaffen, um dieser dramatischen humanitären Tragödie ein Ende zu setzen.

Der Bericht ist in Spanisch auf der Internetseite der Coordinación Colombia-Europa-Estados Unidos <http://www.ddhcolombia.org.co/node/118> abrufbar. Demnächst wird der Bericht auch auf Franzö-

² Bericht der UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte über die Menschenrechtslage in Kolumbien, Doc. E/CN.4/2003/13, 24 de febrero 2003, Seite 5

sich und Englisch verfügbar sein. Der Bericht ist auch auf der website der Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien *ask* abrufbar:

http://kolumbien-aktuell.info/joomla/index.php?option=com_weblinks&catid=47&Itemid=72

2. Chronologie: 1. – 15. August 2008

1. August

Das Staatliche Institut für Gesundheit und Sozialfürsorge ISS wird aufgelöst. Die 3 Mio. Versicherten des ISS müssen sich bei privaten Sozialfürsorgeunternehmen um eine Versicherung bemühen.

Armeehauptmann Guillermo Armando Gordillo gesteht seine Mitbeteiligung am Massaker von San José de Apartadó, bei dem im Februar 2005 acht Personen ermordet wurden, darunter drei Kinder. Präsident Uribe hatte anfänglich die FARC für das Massaker verantwortlich gemacht. Im März 2008 ordnete die Generalstaatsanwaltschaft jedoch die Verhaftung von 15 Militärs an, welche in das Massaker verwickelt waren.

4. August

Auf einem nationalen TV-Kanal wird ein Video gezeigt, welches anscheinend von Militärs selber dem Fernsehen zugespielt worden war, welche an der Operation Jaque (Schachmatt) teilgenommen hatten. Die Operation Jaque führte zur Befreiung von Ingrid Betancourt, drei US-Militärs und elf Kolumbianern. Im Video wird gezeigt, dass der Gebrauch des Emblems des Internationalen Roten Kreuzes und anderer nicht-staatlicher humanitärer Organisationen keineswegs eine Folge der Nervosität der Soldaten war, wie es von Präsident Uribe am 16. Juli dargestellt worden war, sondern mit zur Vorbereitung der Strategie der Vortäuschung einer humanitären Operation gehörte. Die Operation Jaque endete mit der Befreiung der 15 Geiseln und der Verhaftung von zwei Guerilla-Führern der FARC.

5. August

Die Drogenbekämpfungseinheit der Staatsanwaltschaft verlangt vom Obersten Gerichtshof die Aufnahme einer Strafuntersuchung gegen Guillermo León Valencia, Direktor der Staatsanwaltschaft Sektion Medellín und Bruder des Innen- und Justizministers Fabio Valencia Cossio. Die Untersuchung wird eingeleitet aufgrund von Verbindungen zum paramilitärischen Chef Daniel Rendón Herrera, alias Don Mario, einer der Chefs der paramilitärischen Gruppen der sogenannten „Aguilas negras – Schwarze Adler“.

6. August

Präsident Uribe kündigt an, dass kolumbianische Truppen auf Bitte Spaniens die Internationalen Streitkräfte der NATO in Afghanistan verstärken werden.

9. August

10 Personen werden in der Gemeinde El Tambo im Departement Cauca ermordet. Die Regierung macht in einer ersten Reaktion die ELN-Guerilla für das Massaker verantwortlich. Die ELN-Guerilla lehnt die Beschuldigung ab. Später wird die narco-paramilitärische Gruppe „Los Rastrojos“ als mutmassliche Täter bezeichnet.

12. August

Der Soziologe und Forscher Orlando Fals Borda stirbt. Er hatte die erste Fakultät für Soziologie in Lateinamerika an der Nationaluniversität in Kolumbien gegründet. Er war einer der Mitbegründer der partizipativen Sozial- und Aktionsforschung (Investigación Acción Participativa), eine qualitative Forschungsmethode, welche von der Kenntnis der sozialen Bedürfnisse ausgeht und die Anstrengungen auf die Veränderung der sozialen Realität durch die aktive Beteiligung der Betroffenen selber als Subjekte der Veränderung richtet. Fals Borda war Honorarpräsident des Alternativen Demokratischen Pols PDA. Er war zudem nicht nur ein sozial engagierter Intellektueller und Verfasser von Studien über die Gewalt und die sozialen Bewegungen, sondern vielleicht auch der weltweit am meisten bekannte Sozialforscher Kolumbiens.

Armeekommandant General Mario Montoya wird vom Paramilitär Luis Adrian Palacio, alias Diomedes, beschuldigt, mit den Paramilitärs zusammengearbeitet zu haben. Er habe, als er Kommandant der

4. Armeebrigade war, im April 2002 einen Kleinlastwagen voller Waffen dem paramilitärischen Chef „Doble Cero“ geliefert.

13. August

Die kolumbianische Regierung suspendiert die Auslieferung des paramilitärischen Chefs Ever Veloza, alias HH, für sechs Monate. HH hatte die Beteiligung an zwei Verbrechen gestanden und ist einer der wenigen Paramilitärs, welcher in seinen Geständnissen hohe Staatsfunktionäre, Unternehmer und diensttuende Militärs als Unterstützer der Paramilitärs nannte. Die Nationale Bewegung der Opfer von Staatsverbrechen Movice und die Koordination Kolumbien-Europa-USA hatte von der kolumbianischen Regierung gefordert, die Auslieferung solange auszusetzen, bis die Prozesse wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit von HH abgeschlossen sind.

14. August

7 Tote und 52 Verletzte fordert ein Massaker durch einen Bombenanschlag in einem belebten Musiklokal in der Gemeinde Ituango im Dep. Antioquia. Die Behörden machen als vermeintlichen Autor des Bombenanschlags einen Milizionär der 18. Front der FARC verantwortlich.